6.

Glossen zum deutschen Ausnahmerecht.

Von Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

I.

Der von mir auf Seite 1085, 1086 der Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht ausgesprochene Wunsch, es möchte das bayerische Gesetz vom 15. Juli 1916 auf reichsgesetzlichem Wege übernommen werden, ist schneller in Erfüllung gegangen, als ich es zu hoffen gewagt hatte. Denn eine Bekanntmachung vom 21. September 1916 über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten (RGBl. 1916 S. 1067) bestimmt:

„Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei Zuwiderhandlungen gegen § 9 b des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetzsammlung S. 451) kann, wenn der Kriegszustand vom Kaiser erklärt ist (Artikel 68 der Reichsverfassung), das Kriegsgericht auf Antrag des Berichterstatters ohne mündliche Verhandlung die Sache an den ordentlichen Richter verweisen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 21. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers: Dr. Helfferich.“

Damit ist das Verfahren für das ganze Reichsgebiet vereinheitlicht. Unter diesem Gesichtspunkt, und weil die Vorschrift unbedingt einen Rechtsfortschritt darstellt, kann man auch über zwei Bedenken hinwegsehen: das erste ist darin begründet, daß man an Stelle eines formellen Gesetzes im Wege einer Bundesratsverordnung gesetzgeberisch tätig geworden ist. Bei allem guten Willen kann man das Ermächtigungsgesetz von 1914 als Grundlage zum Erlaß jener nicht für genügend erachten. Sodann hat man es aber auch — anders wie im bayr. Gesetz (vgl. Strupp, Deutsches Kriegszustandsrecht, 1916, S. 171, 207) — leider unterlassen, die Verordnung schon äußerlich als Novelle zum preuß. Belagerungszustandsgesetz zu charakterisieren, indem man sie nicht, wie es zweckmäßig gewesen wäre, dem § 13 jenes Gesetzes entweder als Ziff. 9, oder, was noch empfehlenswerter gewesen wäre, als Ziff. 1a angefügt hat. Bei Erlaß des Reichs-Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (vgl. Strupp, a. a. O. S. 88) ist man insofern korrekter verfahren, als man nicht nur durch Reichsgesetz dort die Strafvorschrift des § 9 b gemildert, sondern auch im Titel des Gesetzes ausdrücklich auf das Belagerungsgesetz hingewiesen hat. — Interessant ist übrigens, daß die Verordnung, wie schon die Novelle vom 11. De-

zember 1915 durch die Fassung: „wenn der Kriegszustand vom Kaiser erklärt ist“, auf das Fortbestehen eines landesrechtlichen Ausnahmezustandes selbst hinzuweisen scheint (vgl. Strupp, a. a. O. 13, 14).

II.

Die Novellengegebung zum Belagerungszustandsgezet scheint eine neue Vermehrung erfahren zu sollen durch einen nationalliberalen Antrag betr. die Schutzhaft während des Krieges.¹⁾ Man kann nicht ohne Bedenken diese Fiktion verfolgen, als die sich diese Reformtätigkeit im ganzen genommen darstellt. Dem schon ohnedies mit *crucis iurisconsultorum* im Übermaß belasteten Ausnahmezustandsrecht droht auf diese Weise auch noch die Gefahr der Unübersichtlichkeit und der mangelnden Folgerichtigkeit. So sehr auch der Wunsch, die Schutzhaft mit Klautelen zu versehen, an sich berechtigt erscheint, so wenig fügt sich doch der Antrag der Nationalliberalen der ganzen Struktur des Belagerungszustandsrechtes ein. Ist der Vorschlag, über die Haftbeschwerde das Reichsmilitärgericht entscheiden zu lassen, auch gewiß besser, als ein im 2. Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 8. Oktober 1916. geäußelter, wonach das Oberkriegsgericht des Korps, in dessen Bezirk sich der Inhaftierte befindet, entscheiden solle — ein Vorschlag, der die in der Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 bewußt peinlichst genommene Rücksichtnahme auf das Prinzip militärischer Subordination außer Acht läßt (vgl. z. B. MStGD. §§ 51, 67) und Untergebenen des Militärbefehlshabers ein selbst ordentlichen Gerichten nicht zustehendes Nachprüfungsrecht (vgl. Strupp, a. a. O. S. 99) zubilligt, so liegt es doch (aus dem zuletzt angegebenen Grunde auch da, wo außerordentliche Kriegsgerichte bestehen) näher, überhaupt Militärgerichte aus dem Spiele zu lassen und diejenigen Strafkammern der ordentlichen Strafgerichte als zur Entscheidung der Beschwerde für zuständig zu erklären, die (auch wenn es sich hier nicht um Strafsachen handelt) in kriminellen Sachen zuständig sind. Damit wird auch insoweit der innere Zusammenhang mit der sonstigen Ordnung des Ausnahmerechts gewahrt, als das Gericht auch sonst, zwar nicht über Rechtmäßigkeit von Anordnungen der Militärbefehlshaber (vgl. Strupp, a. a. O. S. 99) zu urteilen berechtigt ist, wohl aber z. B. auf Freispruch erkennen kann, weil eine Verordnung des Militärbefehlshabers ihrer Natur nach gar nicht geeignet sein kann, der öffentlichen Sicherheit zu dienen. Im Hinblick auf die Unsicherheit, was unter „Militärbefehlshaber“ zu verstehen ist (vgl. Strupp, a. a. O. S. 40 ff.), wäre es jedenfalls auch wünschenswert, zu bestimmen, daß eine Schutzhaft, die nicht vom kommandierenden General oder dessen Stellvertreter ausgeht, binnen 24 Stunden (eventuell auf telegraphischem oder telephonischem Wege) von diesem bestätigt werden muß, und daß erst falls eine Bestätigung erfolgt, eine Beschwerde überhaupt zulässig ist.

¹⁾ Vgl. Kriminalistische Umschau unter I.

III.

Von Urteilen neuesten Datums zum Ausnahmerecht verdienen fünf besonders hervorgehoben zu werden.

- a) Deren wichtigstes ist wohl ein im preussischen Verwaltungsblatt vom 23. September 1916, S. 802 ff., abgedrucktes, das die Frage enthält, ob die Polizei im Falle der Suspension des § 5 des preuss. Belagerungszustandsgesetzes berechtigt ist, nach allgemeinen polizeilichen Gesichtspunkten und freiem, pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob eine Versammlung zugelassen ist. Diese Frage wird im Hinblick auf § 23 II RWg. in Verbindung mit Art. 68 RW. und § 5 BZG., wie mir scheint — vgl. *Strupp*, a. a. O. S. 28, 29, 48, 65, 83 — mit vollem Rechte bejaht.
- b) Zu der wichtigen Frage, ob die Zuständigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte sich auf die unter Militärstrafgerichtsbarkeit stehenden Personen erstreckt, nimmt ein Beschluß des Reichsmilitärgerichts vom 19. November 1914, abgedruckt im preuss. Verwaltungsblatt vom 7. Oktober 1916, S. 6, Stellung. Mit der herrschenden Lehre (gegen diese mit Recht Goldschmidt, S. *Strupp*, a. a. O. S. 124, 125) wird dort die Frage verneint. Die Begründung durch Hinweis auf BZG. §§ 6—9 ist nicht durchschlagend; vor allem der auf § 6 BZG. stellt einen glatten Irrtum dar, denn diese Norm erklärt nicht „nur“, sondern ausdrücklich „auch“ §§ 8, 9 für anwendbar. Zu den in § 6 genannten Gesetzen, welche für den Kriegszustand erteilt sind, aber gehört ja das BZG. selbst!
- c) In einem Beiblatt zum bahr. Justizministerialblatt 1916, S. 246 ff. abgedruckten Urteil vom 15. Juni 1916 bekennt sich das bahr. Oberste Landesgericht erneut (vgl. *Strupp*, a. a. O. S. 149, 150) zu der Auffassung, daß die Militärbefehlshaber in Bayern auch Verordnungen erlassen können, die sich zum Reichsrecht in Widerspruch setzen, eine Auffassung, die allein imstande ist, Vernunftwidrigkeiten zu vermeiden.
- d) Sehr wichtig ist eine Entscheidung desselben Gerichtes vom 5. August 1916 (bahr. JMWl. S. 383), die mit Recht eine Eingiehung von Butter nach § 40 StGB. neben einer wegen verbotswidriger Butterausfuhr erkannten Strafe für unzulässig erklärt, da sich die Butter weder als *productum*, noch *instrumentum sceleris* auffassen lasse.
- e) In einem Urteile vom gleichen Tage (a. a. O. S. 283 ff.) hat endlich das bayerische Oberste Landesgericht von dem sonst — vgl. *Strupp*, a. a. O. S. 110 — als Regel aufgestellten Satze, daß in der gegenwärtigen Kriegslage eine Pflicht zum Zeitungslesen bestehe, eine Ausnahme mit der Bedeutung eines Schuld-
ausschließungsgrundes in dem Sinne anerkannt, daß ein einzelner keinen Anlaß zu haben braucht, das, was seinem eigenen Gedankenkreise ferne liegt und auch in dem Gedankenkreise seiner näheren

Umgebung noch nicht aufgetaucht ist, im Wege einer Nachfrage oder Erkundigung zu ermitteln (es handelt sich um eine Höchstpreisfestsetzung für Schweine in Städten, die dann später auf das Land ausgebeht wurde, ohne daß dies aber in dem betr. Dorfe bekannt gemacht worden war).

7.

Kriegswirtschaftsstrafrecht und Staatsanwaltschaft.

Von Rechtsanwalt Dr. Siegfried Moses, zur Zeit Dezernent beim Kriegsernährungsamt der Stadt Danzig.

I.

Die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, haben Eingriffe des Gesetzgebers in das Wirtschaftsleben erforderlich gemacht, wie man sie sich im Frieden niemals hätte träumen lassen. Der Wille des Gesetzgebers, der in einer überaus großen Zahl von Verordnungen aller Art seinen Ausdruck gefunden hat, läßt sich naturgemäß in der Regel nur durch Strafbestimmungen verwirklichen, welche den Ungehorsam gegen die Gebote und das Zuwiderhandeln gegen die Verbote des Gesetzgebers unter Strafe stellen.

a) Den Inbegriff der strafrechtlichen Vorschriften, die der Durchführung des Kriegswirtschaftsrechts dienen sollen, wird man Kriegswirtschaftsstrafrecht nennen können. Die Zahl der strafrechtlichen Tatbestände, die durch dieses neue Strafrecht geschaffen worden sind, ist überaus groß; rechnet man jede der Strafbestimmungen, die die Kommunalverbände auf Grund der ihnen mannigfach erteilten Ermächtigung erlassen haben, mit, so wird sie kaum hinter der Zahl der Tatbestände zurückbleiben, die durch das Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt sind. Während nun aber das Strafgesetzbuch sorgsam zwischen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen unterscheidet und auch die vor dem Kriege ergangenen strafrechtlichen Nebengesetze an diesem Unterschiede festhalten, kennt das Kriegswirtschaftsstrafrecht grundsätzlich nur strafbare Handlungen, die mit Gefängnis oder mit einer größeren Geldstrafe oder mit beiden Strafen bedroht sind: „Vergehen“ im Sinne des Strafgesetzbuches. Dabei sind die durch das Kriegswirtschaftsstrafrecht unter Strafe gestellten Tatbestände keineswegs etwa einander gleichwertig, sondern neben Tatbeständen, die als in hohem Grade antisozial und verwerflich bezeichnet werden müssen (insbesondere dem „Kriegswucher“, aber auch z. B. dem Verfüllern von Brotgetreide) stehen solche Tatbestände, die zweifellos rein polizeilichen Charakter tragen (z. B. die verspätete Bestandsanmeldung). Gewiß ist es bei der Schnelligkeit, mit der die Gesetzgebungsmaschine in Kriegswirtschaftssachen arbeiten muß,